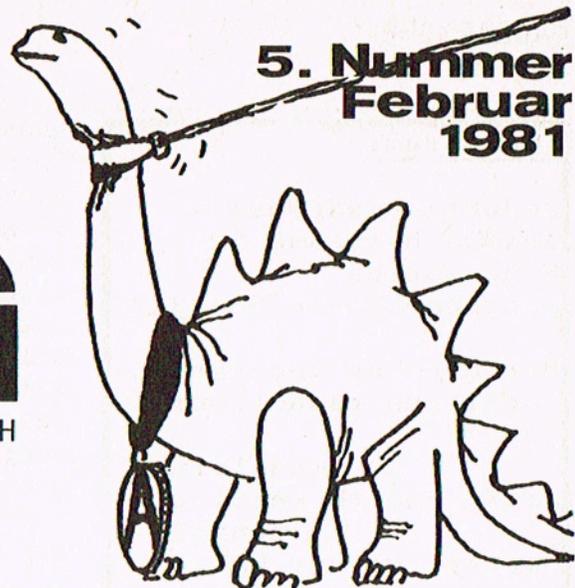


⁰⁰
FALLÄTSCHÉ

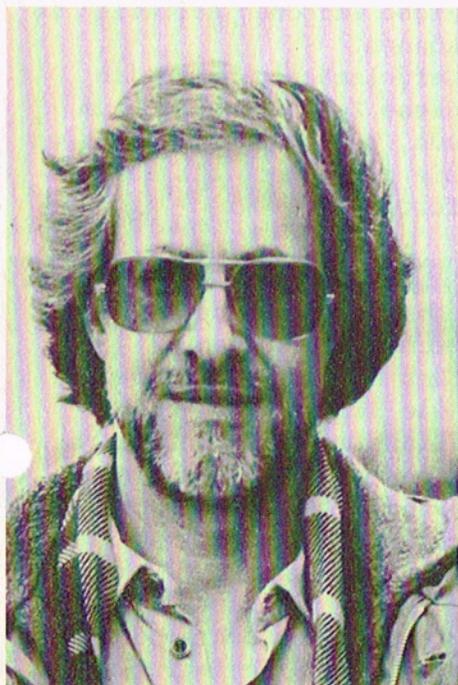
Ziitig

ABHAENGIG UNABHAENGIG ABGEHAENGT ANHAENGLICH

5. Nummer
Februar
1981



Warum ich so Mühe habe mit der Politik



Der Autor: Emanuel Hurwitz
SP-Kantonsrat seit 1979

Im März wird es ein Jahr her sein, dass der Regierungsrat ein Postulat von Heini Bloch (Schlieren) und mir entgegengenommen hat, und der Kantonsrat dem zugestimmt hat. Im Postulat wird gefordert, die regierungsrätliche Verordnung über die Psychiatrischen Gutachter sollte in dem Sinne abgeändert werden, dass die Berechtigung zur Er-

stellung von Schwanger - schaftsgutachten statt allein dem vom Regierungsrat speziell ermächtigten sog. ausserordentlichen Bezirksarztadjunkten grundsätzlich allen Psychiatern und ausserdem den Hausärzten gegeben wird, welche die schwangeren Frauen gut kennen. Ich wies in meiner Postulatsbegründung ausdrücklich darauf hin, dass wir im Kanton Zürich in einer höchst prekären Notsituation sind, indem praktisch nur 6-8 Gutachter für Schwangerschaftsgutachten zur Verfügung stehen, abgesehen vielleicht von den staatlichen Polikliniken. Das Postulat wurde in recht zeit- aufwendiger Vorbereitungsarbeit zusammen mit der Infra, der Vereinigung für straf- freien Schwangerschaftsabbruch, der Vereinigung unabhängiger Aerzte und einigen Allgemeinpraktikern ausgearbeitet. Eine Statistik der Infra wies nach, dass wegen des akuten Gutachtermangels jeden Monat zirka 10 Frauen ins Ausland geschickt werden müssen, was kompliziert, unwürdig und kostspielig ist.

Die Abänderung der Verordnung wäre eine winzige administra-

tive Massnahme gewesen, sie hätte aber weiteren rund 120 Frauen den Weg zum Gutachter erleichtert und damit gerechtere Bedingungen für eine Lösung des an sich schwierigen Problems einer unerwünschten Schwangerschaft geschaffen.

Jeden Monat müssen 10 Frauen ins Ausland geschickt werden

Im Kanton Bern wurde übrigens genau diese Regelung, wie sie im Postulat vorgeschlagen wird, eingeführt. Die Regierung hat grundsätzlich mit der entgegennahme des Postulats Ja gesagt zu dessen Forderungen. Das bisher in der Sache noch nichts geschehen ist, kann der Regierung juristisch nicht vorgeworfen werden: sie hat nämlich zur erledigung eines Postulats 6 Jahre Zeit. Für eine winzige Massnahme in einer für die Betroffenen äusserst belastenden Angelegenheit und angesichts der absoluten Notsituation wäre ein etwas beschleunigtes Tempo angebracht gewesen. Möglicherweise erledigt sich diese ganze Angelegenheit in diesem Frühjahr von selber, falls nämlich die Eidgenössischen Räte das psychiatrische Gutachten überhaupt ganz abschaffen würden. Wieso dann ein Postulat für nur ein Jahr?

Impressum:

redaktionsadresse:
leimbachstrasse 72
8041 zürich
postcheckkonto 80-23887

herausgeber und verant-
wortliche redaktion:

madeleine
graf, judith rettich,
daniel
hurter, werner egli,
eugen groff, heinz
baumann, urban ries

druck: fotodirekt ro-
press, zürich

erscheint: viertel-
jährlich

Ich meine, dass es Notfall-
situationen gibt, in denen
man handeln muss.
Die Hoffnung, auf parlamen-
tarischem Weg zu einer Lö-
sung beitragen zu können,
erwies sich als trügerisch.
Die Entgegennahme des Po-
stulats hiess noch lange
nicht, dass der zuständige
Gesundheitsdirektor tatsäch-
lich daran interessiert
ist, Schritte zu unternehmen.

Die Hoffnung, auf parlamen-
tarischem Weg zu einer Lö-
sung beitragen zu können,
erwies sich als trügerisch

Für den noch wenig abgebrüh-
ten Kantonsrat, der naiver-
weise meinte, durch die
Uebernahme eines solchen
Mandats etwas zur verbesser-
ung, z.B im Gesundheitswesen
beitragen zu können, wurde
dieses Beispiel- und es ist
durchaus nicht die Ausnahme-
Anlass zu Enttäuschung und
Entmutigung.

Hat da nicht kürzlich je-
mand von Packeis gesprochen?

Aber es ist nicht nur das
parlamentarische Packeis,
das entmutigt. Mir macht der
eigenartige Gebrauch der
Sprache fast noch mehr Mühe.
Die Regierung hat zwar Ja

gesagt zum Postulat, aber
Nein gedacht, und ausserdem,
wenn sie ja sage, könne Sie
im Rat die Diskussion und
damit eine gewisse Oeffen-
tlichkeit vermeiden, ohne
das eine Verpflichtung zu
allzurасhem Handeln besteht.
Nein sagen im Rat hätte aber
das Risiko einer Ueberwei-
sung gegen den Willen der Re-
gierung mit sich gebracht.

Die Forderung, deine Rede sei
Ja ja, Nein nein, gilt offen-
sichtlich nicht für Politiker

Das ist zweifelslos kein
ungeschickter Schachzug:
Ja sagen, Nein denken, ent-
gegennehmen und doch nichts
unternehmen.

Die Forderung, Deine Rede
sei ja ja, nein nein, gilt
offensichtlich nicht für
Politiker.

Nun bin ich es als Psycho-
analytiker an sich ja
gewohnt, dass hinter dem,
was Menschen vordergründig
sagen, oft ganz andere Mo-
tive stecken. Als Psycho-
therapeut schlage ich mich
tagtäglich mit dem krank-
machenden Effekt von Lebens-
lügen herum. Aber diese Le-
benslügen sind nicht der
Ausfluss einer raffinierten
Taktik, sondern einer in-
neren Not, aus der ein
Mensch keinen andern Ausweg
gefunden hat. Unter dem
Schutz einer guten Beziehung
kann er zur Wahrheit zu-
rückfinden.

Dem Politiker hingegen ist
an der Wahrheit wenig ge-
legen. Sprache wird hier
nicht zur Formulierung von
etwas Wirklichem gebraucht,
sondern stets unter dem
Aspekt der Macht.

Wenn mir ein sogenannt guter
oder geschickter Politiker
A sagt, wäre es falsch, mir
nur über A Gedanken zu ma-
chen. Fast wichtiger ist
die Frage, was der Betref-
fende mit der Bemerkung A
wollte, was er im Schilde
führte, warum er A und

nicht B und A gerade mir
und nicht dem oder jenem
gesagt hat.
Während der Psychoanaly-
tiker sich fragen muss,
was sein Klient eigentlich
meint, muss sich der Po-
litiker fragen, was sein
Gesprächspartner eigent-
lich will. Oder mit andern
Worten: der Analytiker sucht
so etwas wie Wahrheit, der
Politiker überlegt sich die
Nützlichkeit oder Zweck-
mässigkeit, und dies immer
unter seiner politischen
Flagge.

Diese beiden Tendenzen klaf-
fen oft so sehr auseinander
dass von einem psychonaly-
tischen Politiker ein fast
unerträgliches Ausmass an
eigener Schizophrenie ver-
langt wird, um sich selber
in zwei so widersprüch-
liche Personen aufteilen zu
können.

Gefühlsmässig halte ich
diese ZerreiSSprobe kaum
aus, politisch empfinde ich
sie immer noch als Heraus-
forderung.

Emanuel Hurwitz

Aus allen Häusern stür-
zen die Menschen.
Der Schrecken beherrscht
die Strasse und jeder
Einzelne wird von einer
schmierigen, eiskalten
Hand im Genick gepackt,
um nicht wieder losgela-
sen zu werden
Nur weg von hier; Weg vom
Inferno des Schreckens .
Von Bomben zerfetzt und
Splittern aufgeschlitzt
werden Familienangehörige
zurückgelassen und Gift-
gase holen auch die Schnel-
lsten ein.
Wir Sterben mit krampf-
verzerrtem Gesicht,
röchelnd und mit zucken-
den Gliedern.
KEIN ZURUECK!

Es gibt wichtigeres als
Frieden, meint ein Aus-
senminister mit entschlos-
senem Gesichtsausdruck.

urban ries



Der Autor: Beat Bürcher, SP Gemeinderat 1974-80

WESHALB IST AUSSERPARLAMENTARISCHE OPPOSITION NOTWENDIG ?

Wenn wir von der kaum bestreitbaren Tatsache ausgehen, dass wir in einer kapitalistischen Gesellschaft mit einem bürgerlich-demokratischen Staat leben und dass aus einer linken Position eine wirkungsvolle Opposition notwendig ist, um Verschlechterungen zu verhindern und Verbesserungen zu erreichen, dann sollte eigentlich klar sein, dass eine parlamentarische Opposition allein nicht genügen kann.

Denn diese parlamentarische Opposition bleibt ja als Minderheit in grundsätzlichen Fragen in der Regel wirkungslos und kann nur in Nebenfragen aufgrund von Kompromissen und dank der Konzessionsbereitschaft des Bürgertums Erfolge buchen.

Und meist ist diese Konzessionsbereitschaft gerade das Resultat des Drucks einer ausserparlamentarischen Opposition. So gesehen ist eine parlamentarische Opposition der Linken überhaupt nur sinnvoll, wenn sie nicht isoliert, sondern als Teil einer umfassenden Opposition zu handeln versucht.

Verschiedene Formen von APO

Nun gibt es natürlich verschiedene Formen ausserparlamentarischer Opposition. Es gibt jene APO, welche die vorhandenen institutionalisierten Mittel und Verfahren der Politik auszunützen versucht: das Referendum, die Initiative, die Petition sowie die offiziellen Vernehmlassungs- und Einspracheverfahren. Sie beschränkt sich daher auch auf den demokratisch organisierten politischen Bereich des Staates. Der von den kapitalistischen Produktionsverhältnissen bestimmte ökonomische Bereich muss ausgeklammert bleiben. Diese Möglichkeit der ausserparlamentarischen, politischen Rechte wird von den linken Parteien, die im Parlament vertreten sind, genutzt. Und dabei sind zumindest auf kommunaler Ebene auch Teilerfolge möglich. Wir müssen uns aber bewusst sein, dass diese politischen Mittel nicht etwa nur von der Linken eingesetzt werden, sondern oft und erfolgreich auch von der Rechten, um fortschrittlichen Reformvor-

APO an der Zwirnerstrasse

Ausserparlamentarische Opposition: das liest sich wie der Name eines grönländischen Ferienortes.

Weit gefehlt: dieser Ausdruck bezeichnet etwas das wir alle kennen. Die Mieter an der Zwirnerstrasse haben den Leimbachern gezeigt wie mensch diesen Begriff der APO mit einem jedermann verständlichen Inhalt füllen kann. (wir haben in Ausgabe 3 + 4 darüber berichtet)

Durch den massiven Autoverkehr aufgeschreckt, organisierten sich die Anwohner der Zwirnerstrasse mit dem Ziel, "ihre" Strasse wieder ruhiger, menschlicher zu machen.

Die Kenntnis der eigenen Lebensdauer verhinderte den Versuch sich mit dem Stadtrat, Parlament oder einer Partei einzulassen, mensch wollte es ja noch er- und überleben.

Und der Erfolg ihrer Aktionen hat den APO-Leuten aus der Zwirni Recht gegeben.

die redaktion



schläge von Behörden und öffentlichen Verwaltungen zu verhindern.

Es gibt aber auch APO, die sich ausserhalb dieses Rahmens der institutionalisierten Mittel und Verfahren bewegt. Sie ist deshalb keineswegs ausserhalb der Legalität, sondern sie nutzt die garantierten Freiheitsrechte, die Meinungsäusserungsfreiheit, die Versammlungsfreiheit und das Demonstrationsrecht, um für ihre Forderungen Öffentlichkeit herzustellen und den notwendigen Druck zu erzeugen.

EIN ZWEITER WICHTIGER GRUND

Diese APO ist nicht gezwungen, sich auf den vom bürgerlichen Staatsverständnis definierten politischen Bereich zu beschränken. Sie kann auch Probleme und Forderungen, welche die Produktionsverhältnisse betreffen, aufgreifen. Und es gibt ja sehr viele grundsätzliche Fragen, die zu diesem politisch ökonomischen Grenzbereich gehören. Erwähnt sei hier nur die AKW-Frage. Der zweite Grund für die Notwendigkeit einer wirksamen APO ist deshalb die mögliche Ueberwindung der Beschränkung demokratischer Einflussnahme auf einen engen politischen Bereich. Das Interesse des Kapitals an der Aufrechterhaltung dieser Beschränkung ist

ebenso offensichtlich wie die enge wirtschaftlich-politische Verknüpfung in seiner eigenen Einflussphäre. Die Anti-AKW-Bewegung ist ein Beispiel für die Nutzung dieser Möglichkeit einer APO, indem sie sich gegen den gesamten staatlich-industriellen Energiekomplex richtet.

Die Arbeiterbewegung hat diese Mittel ausserparlamentarischer Opposition in der kämpferischen Auseinandersetzung mit Staat und Kapital früher gut zu nutzen verstanden und dabei eine eigentliche politische Kultur entwickelt. Davon ist jedoch leider nicht allzuviel übrig geblieben.

Damit kommen wir auch zum dritten Grund für die Notwendigkeit einer ausserparlamentarischen Opposition der Linken. Sie kann und sollte eine Chance sein zur Entwick-

lung einer eigenen politischen Kultur, das heisst einer Kultur der politischen Arbeit und Auseinandersetzung. Gemeint ist eine politische Kultur, die ihre Mittel und Formen nicht einfach vom bürgerlichen Staat übernimmt, sondern selbständig erarbeitet. Eine politische Kultur, die vor allem Öffentlichkeit schafft und dabei auch den öffentlichen Raum der Strassen und Plätze einbezieht. Eine politische Kultur, die auf der Solidarität Betroffener und der Solidarität mit Betroffenen aufbaut. Die Zürcher Jugendbewegung hat hier alte Formen wieder belebt und neue geschaffen. Sie hat vor allem mit ihrer Phantasie neue Qualitäten produziert. Es kann und darf nun nicht darum gehen, einfach nachzuahmen. Wohl aber darum, sich anregen zu lassen.

Beat Bürcher

Blätter *des letzten*

Die Ereignisse dieses Sommers, sprich Jugendbewegung, haben wieder einmal mit aller Deutlichkeit gezeigt, dass die etablierten Tageszeitungen und Zeitschriften einer umfassenden, ehrlichen Information nicht gerecht werden können. Entweder weil sie sich einer redaktionellen Rechtspolitik verschrieben haben (Jugend = Gesindel) oder dann, weil sie wegen ihrer Grösse und ihrer kapitalwirtschaftlichen Betriebsstruktur stark von Inserenten abhängig sind, sich leicht unter Druck setzen und einschüchtern lassen.

Allen, die jedoch auch an unterschlagenen, totgeschwiegenen Informationen interessiert sind, steht heute eine starke unabhängige Links- und Bewegungspresse zur Verfügung. Gemeinsam ist diesen Zeitungsmachern eine konsequente politische Linie, relative Unverletzlichkeit durch Inserenten, Mitbestimmung/Selbstverwaltung, keine sture Arbeitsteilung und niedrige Löhne.

Uns ist es ein grosses Anliegen, diese Zeitungen bekannt zu machen, etwas zu ihrem Überleben beizutragen. Nehmt, kauft, abonniert die im folgenden vorgestellten Zeitungen, vergleicht mit den Massenblättern...

tell

Der «tell» ging anfang 1979 aus einer Fusion von «focus» und «Lerzeitung» hervor und erscheint vierzehntäglich. Seit seinem Bestehen hat der «tell» eine grosse Entwicklung durchgemacht, er wird von Nummer zu Nummer attraktiver und spannender. Ein übersichtlich gegliederter Regionalteil informiert über Vorfälle, Ereignisse und Aktivitäten der linken Subkultur der ganzen Schweiz. Dazu umfasst die Palette der Artikel eigentlich alle Themenbereiche, die einen Normalbürger einfach interessieren müssen, zur Zeit zum Beispiel die Prozessklärung von Rolf Clemens Wagner vor dem Gericht in Winterthur.

SMOG

«smog» bedeutet Industriedreck, aber auch «schweizerisches monatsmagazin für ökologie und gesellschaft» und versteht sich als «totales magazin». Diese Bezeichnung wirkt zwar leicht übertrieben, aber durchaus berechtigt, wenn man dieses erst seit August 1980 bestehende Monatsmagazin als das betrachtet, was es sein will: Der «smog» ist nicht eine Zeitschrift für den linken Kuchen, sondern für potentielle Anwärter, für Leute, die am Erwachen sind, gemerkt haben, dass nicht alles so rund läuft. In diesem Sinne enthält «smog» informative Artikel zur Umweltsituation, über 3.-Welt-Probleme und Gesellschaft (Erziehung, Emanzipation etc.).

EISBRECHER

Der «Eisbrecher» ist die neue Wochenzeitung der Bewegung. Aller Wahrscheinlichkeit nach die Zeitung der Zukunft. Nach eigenen Angaben eine Mischung zwischen «NZZ» und «Stiletto», was bedeutet: gut recherchierte Artikel, politische Aussage genau 180 Grad umgekehrt. Verkauft wird der «Eisbrecher» jeweils vom Freitagabend an in den Beizen des Niederdorfs und im Kreis 4.

Auch wir haben dem Druck unserer Inserenten nachgegeben!
Genössliche Grüsse an unsere Partei.

EINE UMFRAGE IN LANGNAU ZU DEN NEUESTEN VERKEHRSVERHÄLTNISSEN IM SIHLTAL ERGAB DAS ÜBLICHE BILD: NUR DIREKT BETROFFENE MACHEN SICH DIE MÜHE, IHRE MEINUNG KUNDZUTUN. 160 DER 2500 LANGNAUER HAUSHALTE HABEN STELLUNG BEZOGEN MIT KLAREM TENOR: 96% SIND MIT DER HEUTIGEN VERKEHRSMISERE ÄUSSERST UNZUFRIEDEN, 94% SIND BEREIT, ZUR ENTLASTUNG DER SIHLTALSTRASSE DEN BAU DER N4 DURCH DAS KNONAUER-AMT SCHNELLSTENS VORANZUTREIBEN, IN SELTENER ÜBEREINSTIMMUNG MIT DEN GEMEINDEVERTRETERN DES BEZIRKES HORGEN.

Als Leimbacher begreifen wir dies nur zu gut, kranken wir doch am gleichen Uebel. Auch die Redaktion der Fallätsche Ziitig ist für (fast) jeden Weg, diese Katastrophe zu beseitigen. Aber beim Langnauer Lösungsvorschlag, via N4 den Verkehr anderswo abfliessen zu lassen, stockte uns der Atem: zuerst vor Schock, dann vor Wut. Man will also den Schwarzen Peter gnädigst einem anderen zuhalten. Auf das eigene Auto will man nicht verzichten, mit seinem Vehikel belästigt man weiterhin andere Quartiere und Dörfer. Aber wehe, wenn andere das genau gleiche im Sihltal tun, dagegen wehrt man sich.

Das Problem wird fröhlich nach dem ST. Florians-Prinzip gelöst: uns das Autovergnügen, den anderen die Umweltbelastung. Wir sträuben uns entschieden gegen eine solch blinde Politik: das kann die Lösung nicht sein. Das Säuliamt darf nicht kaputtgehen. Es dient mit seinen unbegrenzten Wandermöglichkeiten zu vielen Aemtlern, Leimbachern und Langnauern als Naherholungsgebiet.

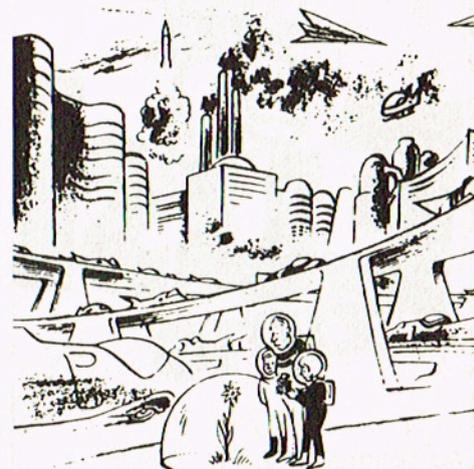
Man könnte uns sagen, dass alle, die autofahren od. ihren fahrbaren Untersatz in unvernünftiger Weise benützen, am ganzen Drama schuld sind. Das mag zum guten Teil stimmen.

Wie mancher Langnauer (Leimbacher?) fährt wohl zweimal täglich durch Leimbach, obwohl er den Arbeitsweg mit SZU od. VBZ fast so schnell hinter sich bringen könnte? Solche Beispiele lassen sich beliebig vermehren. Leider ist das Problem nicht ganz so einfach. Viele brauchen ihr Auto, um den Arbeitsplatz zu erreichen. Das Grundübel liegt viel weiter weg, unsichtbar. Es ist die Bodenspekulation, die die Wohnungspreise so hoch hinaufdrückt, dass sich der Normalbürger eine Wohnung in der Nähe seines Arbeitsplatzes in Zürich, nicht mehr leisten kann. Er ist gezwungen, ins ehemals noch grüne Sihltal od. nach Zug umzusiedeln. Gewechselt wurde aber nur die Wohnung, nicht etwa der Arbeitsplatz. So müssen die Betroffenen täglich den langen Arbeitsweg, zum Grossteil im Auto, durch's Sihltal nach Zürich zurücklegen.

Ein weiterer Hauptgrund liegt darin, dass die SBB-Gütertaxen massiv erhöht wurden. Dies führte dazu, dass der Warenverkehr von der Schiene auf die Strasse (Lastwagen) verlagert wurde. Ueberlegen Sie sich selbst, welche Parteien am meisten gegen das SBB-Defizit lästern. Sicher nicht diejenigen, die die Lastwagenbelastung zu tragen haben, sondern die, welche am Lastwagen verdienen.

Kommen wir zum Schluss wieder auf die Langnauer Umfrage zurück.

Ist es nicht seltsam, dass die Langnauer Bevölkerung gerade gefragt wurde: ob sie die Lösung im Bau der Aemtler-Autobahn sehe? Der Verdacht liegt nahe, dass die Gemeindevertreter des Bezirkes Horgen die Sihltaler Verkehrsmisere dazu benutzen wollen, der Bevölkerung den umstrittenen Strassenbau schmackhaft zu machen.



Aus Privatinteressen, denn sie od. ihre Parteifreunde im Säuliamt (Baugeschäfte, etc) können daran eine Stange Geld verdienen. Was die Politiker den Betroffenen wohlweislich zu sagen vergassen, ist die Tatsache, dass auch der Bau der N4 das Problem nur scheinbar löst. Die allgemeine Verkehrszunahme wird spätestens nach einem Jahr den Zustand

